

## Tarifrunde Öffentlicher Dienst und Kommunen Forderung von 6,1 bis 7 % und soziale Komponente im Blick

In diesen Wochen bereiten sich die Gewerkschaften auf die anstehende Tarifrunde für den ÖD des Bundes und der Kommunen vor. Betroffen sind rund 1,9 Millionen Tarifräfte bei Bundesbehörden und Gemeinden. Die neue Bundestarifkommission für den ÖD hat Ende Oktober 2011 die Kündigung der Entgelttabellen zum 29. Februar 2012 beschlossen. Die Forderungen für die Tarif- und Besoldungsrunde 2012 werden am 9. Februar 2012 aufgestellt. Erste Verhandlungsrunden sind für Anfang, Mitte und Ende März geplant. Wenn keine Einigung erzielt wird, könnten im April eine Schlichtungsrunde und letztlich auch eine Urabstimmung über einen Streik auf der Tagesordnung stehen.

Nach vielen Jahren der Stagnation und Erosion bei den Realeinkommen betont man nun auf Seiten von DGB und dbb, dass der kommende Abschluss über der Inflationsrate liegen müsse. ver.di will „Lohnsteigerungen über den verteilungsneutralen Spielraum hinaus“ erreichen und damit „die Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen wieder zurückführen“. Damit in Zusammenhang steht das Steuerkonzept zur gerechteren Verteilung der Lasten und zur angemessenen Mittelausstattung der öffentlichen Haushalte im Rahmen der ver.di-Kampagne „Gerecht geht anders“.

### Soziale Komponente notwendig

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di hat für die Anfang März startenden Tarifgespräche ein **Forderungsvolumen von 6,1 bis 7,0 Prozent** im Blick. Ver.di-Chef Frank Bsirske verweist auf die bereits im Raum stehenden Tarifforderungen für frühere Bundesunternehmen wie Telekom, Post und Lufthansa, die sich zwischen 6,1 und 7,0 Prozent belaufen. „In dieser Größenordnung, mit einer sozialen Komponente, wird sich vermutlich auch unsere Forderung für die Tarifbeschäftigten beim Bund und den Kommunen einpendeln“, sagte Bsirske der dpa. „Soziale Komponente“ heißt dabei eine Erhöhung von **mindestens 150 bis 180 Euro** monatlich, erklärt ver.di-Sprecher Christoph Schmitz. Am 9. Februar will die Große Tarifkommission die endgültige Forderung beschließen, mit der ver.di und Beamtenbund in die Verhandlungen gehen. 2010 war ein Tarifabschluss erst nach einem Schlichterspruch zustande gekommen.

### Gemeinsam an einem Strang ziehen

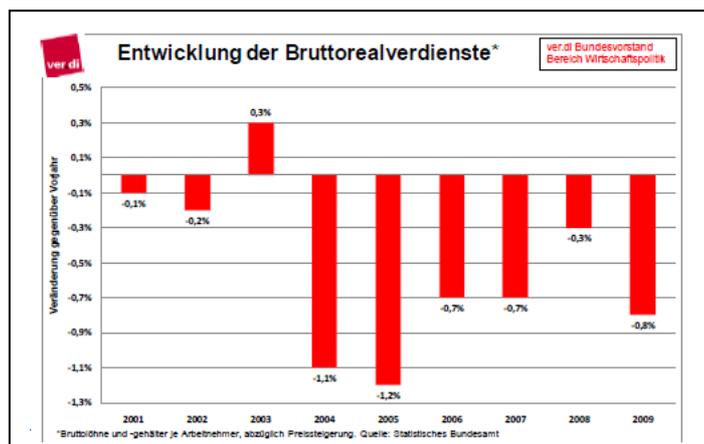
Seit einiger Zeit ziehen die DGB-Gewerkschaften ver.di, GEW und GdP und die konkurrierenden, aus der Tradition des deutschen Beamtenbundes stammenden und in der dbb tarifunion zusammengefassten Berufsverbände an einem Strang. Auch der Beamtenbund dbb mit seiner Tarifunion dringt auf mehr Geld und sieht die Beschäftigten notfalls streikbereit. Das ist auch gut so.

Die Zeit ist auch reif für einen Schulterchluss mit den Beschäftigten der Privatwirtschaft und gemeinsame Aktionen überall dort, wo - wie in der Metallindustrie - zeitgleich Tarifrunde ist. **Griechenland zeigt, wie rigoros eine Regierung unter dem Berliner Diktat gegen ihre Beschäftigten im öffentlichen Dienst vorgehen kann und wie wichtig ein solcher Schulterchluss ist.**

### Reallöhne im Sinkflug

#### Aus aktiv für mehr Geld – Tarifrunde ÖD 2012 / Nr. 2 – ver.di-Bezirk Stuttgart

Die Löhne sind in Deutschland eindeutig zu niedrig. Das gilt erst recht für den öffentlichen Dienst. Nach Berechnungen des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW) sind die Löhne gesunken. „Demnach ist das monatliche Realeinkommen eines mittleren Angestellten zwischen 2008 und 2010 um 1,5 Prozent gesunken, seit 2005 um 7 Prozent“ (Stuttgarter Zeitung vom 7.11.2011). Das bedeutet einen deutlichen Kaufkraftverlust. „Nach den DIW-Berechnungen lag das durchschnittliche reale Bruttoeinkommen - unter Einbeziehung der Inflation - 2005 bei 2087 Euro. Fünf Jahre später habe es noch 1941 Euro erreicht“ (Stuttgarter Zeitung). Dabei trifft der Lohndruck auch Akademiker. Die Stundenlöhne von Hochschulabsolventen sind laut DIW seit 2005 gesunken. Obwohl die Gesellschaft insgesamt reicher geworden ist, geht es den meisten Beschäftigten schlechter als vor 10 Jahren.



### Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinker

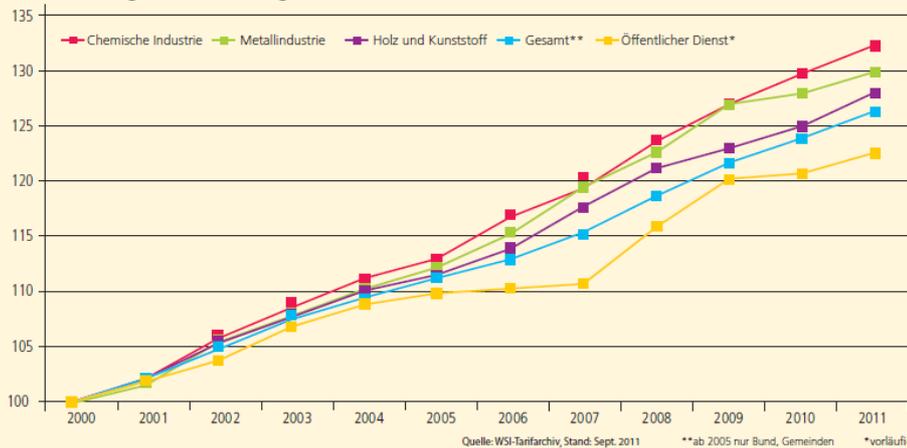
Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiana Boissevain

Tel: 06182/782306

E-Mail: [HKroha@t-online.de](mailto:HKroha@t-online.de)

Redaktionsschluss: 29. Januar 2012

### Entwicklung Tariferhöhung

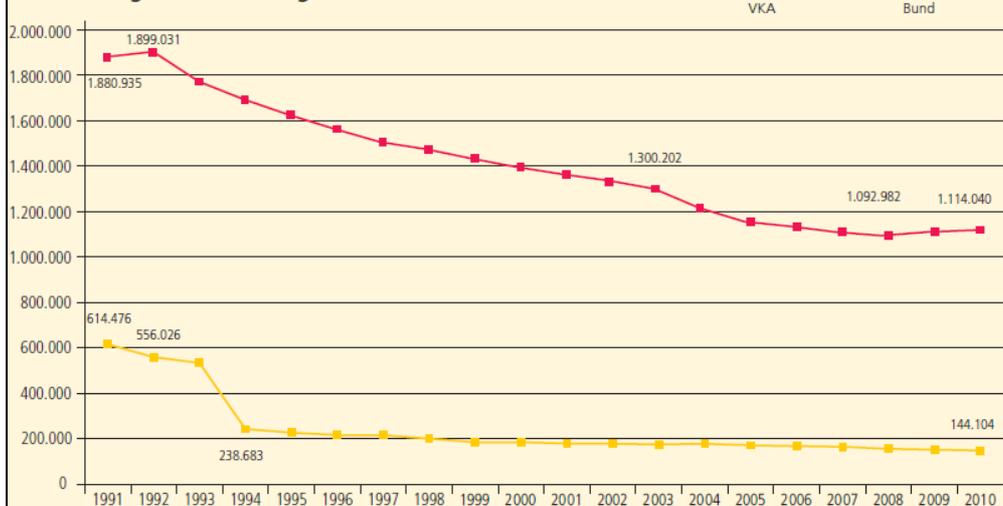


### Großer Nachholbedarf

Schaut man sich die Tarifierhöhung seit 2000 in verschiedenen Branchen an (siehe Grafik), wird deutlich, dass im öffentlichen Dienst großer Nachholbedarf besteht. (unterste Linie). Eine hohe Forderung mit einem **Mindestbetrag von 250 bis 300 Euro** und einem **Jahr Laufzeit** ist notwendig, um die Reallohnverluste etwas auszugleichen und die Lücke zu den anderen Branchen etwas zu schließen.

Seit zwei Jahrzehnten werden im öffentlichen Dienst **überproportional Arbeitsplätze abgebaut** (siehe Grafik). Ständige Arbeitsverdichtung bei einem immer höher werdenden Altersdurchschnitt ist zur Normalität geworden. Auch im öffentlichen Dienst hat eine erhebliche Produktivitätssteigerung stattgefunden. Die Beschäftigten z. B. in den Krankenhäusern, dem Rettungsdienst, den Altenheimen oder im Nahverkehr arbeiten an den Grenzen des Möglichen.

### Entwicklung Tarifbeschäftigte bei Bund und VKA 1991 bis 2010



### Die politische Dimension des Kampfes im ÖD

Die Tarifrunde im ÖD findet nicht im politisch luftleeren Raum statt. Sie wird überschattet von der tiefen strukturellen Krise des Kapitalismus und der Verschuldung der Öffentlichen Haushalte. Weil den öffentlich Bediensteten gebetsmühlenartig vorgehalten wird, sie müssten angesichts leerer öffentlicher Kassen Opfer bringen, brauchen sie argumentative Rückenstärkung. Den 2 Billionen Staatsschulden hierzulande stehen 7,3 Billionen an Privatvermögen gegenüber. Seit den 90er Jahren betreiben Regierungen systematisch die Umverteilung von unten nach oben und die Ausplünderung der Kommunalfinanzen. Nach dem Ausbruch der Krise 2008 konnte die Bundesregierung innerhalb einer Woche fast 500 Mrd. € für die „Bankenrettung“ mobilisieren. **Die nächsten Milliarden gehören den Beschäftigten im ÖD und bei den Kommunen! Ab 1. März besteht keine Friedenspflicht mehr!**

### Weitere Infos zur Tarifrunde im Labournet unter:

- <http://www.labournet.de/GewLinke>
- 1.) Grafiken \* Argumente \* Rückblick \* Ausblick \* Beispiele als Powerpoint-Datei  
<http://www.labournet.de/GewLinke/disk/info/metallrunde2012.ppt> als pdf-Datei  
<http://www.labournet.de/GewLinke/disk/info/metallrunde2012.pdf>
- 2) Statistiken zur Tarifierwicklung als Powerpoint-Datei  
<http://www.labournet.de/GewLinke/disk/info/tarifierwicklung.ppt> als pdf-Datei  
<http://www.labournet.de/GewLinke/disk/info/tarifierwicklung.pdf>
- 3.) Netzwerkinfo zur Tarifrunde  
<http://www.labournet.de/GewLinke/disk/info/tarifrunden2012.pdf>

#### Tarifrunde 2012: Kräftige Lohnerhöhungen sind angesagt

Im Frühjahr 2012 finden zwei große Tarifrunden statt, deren Ausgang wichtige Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit haben wird: Die Tarifrunden im Öffentlichen Dienst bei Bund und Gemeinden sowie die Tarifrunde Metall und Elektro. Die Tarifrunden finden vor dem Hintergrund massiver Einbußen bei den realen Einkommen in den letzten 10 Jahren statt. Dabei sanken die Reallohnverluste bei niedrigen Einkommen noch stärker als bei höheren. Die Lage wurde außerdem durch eine massive Ausweitung des Niedriglohnsektors, befristeter, prekärer und Leiharbeitsverhältnisse verschärft.

**Tarifrunde – Teil des politischen Kampfes**  
Zugleich droht eine neue Verschärfung der globalen Krise des Kapitalismus, eine neue weltweite Rezession ist möglich. Die Schuldenkrise wird sich – insbesondere in der EU – weiter ausbreiten. Im Öffentlichen Dienst soll außerdem die „Schuldenbremse“ umgesetzt werden – „jährlich“ auf Kosten der Beschäftigten. Kurzum, die Tarifrunde 2012 muss vor dem Hintergrund der Systemkrise des Kapitalismus betrachtet werden. Sie darf und soll nicht nur als „normaler“ Tarifrunde gelöst, sondern muss als Teil eines größeren politischen Kampfes gegen die fortwährende Abwälzung der Krisenkosten auf die Arbeiter und andere sozialausbeutende Schichten der Bevölkerung betrachtet werden.

**Wie agieren die Gewerkschaftsführungen?**  
Genau das tun jedoch die Führungen von IG Metall und ver.di nicht.

- Statt den Zusammenhang von Krise, Kapitalinteressen und Abwälzung der Kosten auf die Lohnabhängigen herzustellen, versuchen sie in den Tarifverhandlungen nur zu „begrenzen“, dass Lohnerhöhungen auch im Interesse der Lohnabhängigen (wegen Steigerung der Kaufkraft und Binnennachfrage) liegen würden.

- Die Forderungen nach höheren Gehältern werden tatsächlich weitgehend verweigert, eine denkbar schlechte Vorbereitung auf die bevorstehenden Angriffe.
- Die Führungen wollen zwar eine „qualitative“ Tarifrunde, wollen die Auswirkungen der Leiharbeit auf die Löhne zwar nicht – einen politischen Kampf zu ihrer Abschaffung führen wollen sie aber auch nicht. So verhandelte die IG Metall im Vorfeld mit den Leiharbeitsunternehmen lediglich über einen Branchenentscheid für Leiharbeiter in Metallbetrieben.
- Über die Forderungen, Verhandlungstaktik oder gar etwaige Aktionen entscheidet letztlich die Bürokratie, die Gewerkschaftsführung, nicht die KollegInnen, die in der Tarifrunde mobilisiert werden sollen.
- Weder IG Metall noch ver.di planen, ihre Tarifrunden koordiniert und geteilt zu führen.
- Die Forderung nach Übernahme der Auszubildenden wird nichtgefordert als eine zentrale Forderung gestellt – vollkommen offen ist jedoch, was mit den überbetrieblichen Anzügen passieren soll, die gerade im Osten einen immer größeren Teil der Auszubildenden stellen.

Deutlich spürbare Erhöhungen notwendig  
Grund genug also, dass wir uns aktiv und möglichst koordiniert zur Verfügung stellen.

#### Tarifrunde 2012: Kräftige Lohnerhöhungen sind angesagt

In Vorbereitung der Tarifrunde 2012 sollte ein Rückblick auf Entwicklungen der Einkommen, Profile, Produktivität, Inflation, Lohnstückkosten usw. der vergangenen Jahre erfolgen. Denn die Entwicklungen der vergangenen Jahre sind bei der Aufstellung einer Forderung mit einzubeziehen. Erstaunlich ist, dass trotz zahlreicher erschreckender Analysen über Lohn- und Profitentwicklung, der beständigen Umverteilung von unten nach oben, die Umverteilungsgatte in den Gewerkschaften wenig diskutiert wird und keine Gegenkonzepte entwickelt werden.



**Reallohnverluste seit 2000**  
Nach vergleichsweise gutem Lohnniveau in den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts ist ab 2000 eine Zeit der Reallohnverluste.  
Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) mit Sitz in Genf haben die Beschäftigten in Deutschland ein verlorenes Jahrzehnt hinter sich: Die Löhne fielen gegenüber 2000 um den Preisanstieg geringfügig um 4,5 Prozent. Die Beschäftigten verlieren im Durchschnitt also weniger als vor zehn Jahren trotz des Anstiegs der Produktivität. Deutschland ist damit Schlusslicht unter den 26 entwickelten Industrieländern. In den dazwischen entwickelten Ländern stiegen die Reallohnverluste, in Norwegen legten sie seit 2000 um 25 Prozent zu.

